

Nationalstaaten wollen, wollen Sie am Ende – wenn man es wirklich konsequent zu Ende denkt – nichts anderes, als dass Grenzen geschlossen werden. Das propagieren Sie ja auch.

Ich sage Ihnen nur eines: Diejenigen, von denen Sie dafür Beifall bekommen, sind zum Teil genau dieselben, die im Moment auf die Straße gehen. Das sind die Menschen, die im Moment auf der Straße protestieren und ihr Grundrecht auf Wochenendausflug in Gefahr sehen dadurch, dass Grenzen geschlossen sind. Das ist Ihre Logik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege und Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt gerade einmal sechs Monate zurück, da beantragten die AfD und der Abgeordnete Böhm die Gründung eines europäischen Rückführungsfonds hier im bayerischen Parlament. Wir waren überrascht. Wir waren verwirrt. Der Abgeordnete Böhm hat sich jede Menge Hohn und Spott anhören müssen; denn entweder wusste er damals nicht, dass es einen solchen europäischen Rückführungsfonds bereits gibt, oder er wusste es, aber insinuierte das Gegenteil, um den Menschen in unserem Land Sand in die Augen zu streuen. Beides ist unseriös und unsolide.

(Beifall bei der SPD)

Heute toppt er diese mangelnde Solidität, weil er das, was er einst beantragen wollte – einen Rückführungsfonds, den es bereits gab –, ein halbes Jahr später wieder abschaffen möchte. Meine Damen und Herren, das alleine zeigt schon das Vorgehen populistischer Parteien. Es stellt für sie kein Problem dar, an einem Tag etwas zu fordern, um am darauffolgenden Tag das genaue Gegenteil zu propagieren. Mit parlamentarischer Nüchternheit kann man festhalten: Dieses Vorgehen ist zumindest unseriös und unsolide, und die Menschen in unserem Land sollten dies durchschauen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Sache selbst: Die AfD beantragt im Konkreten, den noch laufenden Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds abzuwickeln. Dieser Fonds diente in den Jahren 2014 bis 2020 der Integration, dem Ordnungsverfahren im Asyl, aber auch der Finanzierung von Rückführungsmaßnahmen. Für Rückführungen alleine wurden von den Mitgliedstaaten in den letzten Jahren EU-Mittel in Höhe von über einer Milliarde Euro abgerufen. Da ging es um die Schulung des Personals, um Hilfen bei freiwilliger Rückkehr, um Abschiebungen und deren Förderung in Einklang mit den im Unionsrecht festgelegten Standards.

Das alles möchte die AfD heute überraschenderweise abschaffen. Die EU-Kommission plant, weiter in ein offenes und sicheres Europa zu investieren und Ordnung in die Asylpolitik auf europäischer Ebene zu bringen; denn klar ist: Wer Ordnung in der Asylpolitik propagiert, der kann nicht wie die AfD im gleichen Atemzug per Antrag Unordnung schaffen, indem man Ordnungsinstrumente und Finanzmittel dafür streicht und kaputtmacht.

Dass die Migrationsfrage keine Frage von Nationalstaaten, sondern eine Herausforderung weltweit ist und einer europäischen Abstimmung bedarf, haben meine Vorredner bereits deutlich gemacht. Gute Beispiele sind Griechenland und Italien; sie brauchen eine bessere Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der Mi-

grationsbewegung. Und so finanziert beispielsweise – um nur ein kleines Beispiel zu nennen – der Fonds bei den Verfahren vor Ort die Abnahme und Registrierung von Fingerabdrücken von Migrantinnen und Migranten in den Aufnahmezentren. Das liegt im Interesse einer geordneten europäischen Asylpolitik, das liegt in unserem deutschen nationalen Interesse, und das liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Ich frage mich wirklich, Herr Kollege Böhm, warum Sie die Finanzierung der Abnahme von Fingerabdrücken von Migrantinnen und Migranten in den Aufnahmezentren tatsächlich abschaffen wollen.

So muss man nüchtern festhalten: Wer für eine geordnete Asylpolitik und Migrationssteuerung in Deutschland und in Europa eintritt, der ist bei den Rechtspopulisten offensichtlich völlig falsch aufgehoben. Das Antragschaos der AfD zeigt doch nur: Die radikal Rechten beantragen ein politisches Chaos, das sie im Anschluss selbst wutbürgerlich beklagen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die FDP-Fraktion hat der Kollege und Fraktionsvorsitzende Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Vielen Dank an die Offiziantinnen und Offizianten, auch heute wieder. – Herr Präsident! Der Kollege Rinderspacher hat es ausgeführt: Die AfD hat kein Problem damit, heute das Gegenteil von dem zu beantragen, was sie noch vor Kurzem beantragt hat. – Das ist nur ein Beispiel dafür, wie Sie generell Politik machen. Ich erinnere an Ihren Rosenheimer Abgeordneten, der neulich kritisiert hat, dass in Rosenheim das Starkbierfest abgesagt wurde. Er hat es "Corona-Panik" genannt und wenige Wochen später die Stadt Rosenheim dafür verklagt, dass sie es erst drei Tage später abgesagt hat und deswegen dort ein Hotspot entstanden ist. Also, das sind intellektuelle Verrenkungen, ich weiß nicht, wie Sie das hinkriegen. Ob das am Starkbierfest liegt oder an Corona sei dahingestellt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute wieder einen ähnlichen Fall: Es ist nicht klar, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie, dass wir Rückkehr fördern, oder wollen Sie, dass wir es nicht tun? Wollen Sie, dass wir gerade die europäischen Länder an der Grenze, gerade am Mittelmeer, befähigen, geregelte Asylverfahren durchzuführen, um den Leuten auf Lesbos früher die Entscheidung mitteilen zu können, ob sie anerkannt werden oder ob sie zurückgeführt werden, oder nicht? Wir alle haben in den vergangenen zehn Jahren doch gemerkt, wohin es führt, wenn wir keine europäische Asylpolitik haben. Wir haben es schon in den frühen 2010er-Jahren gemerkt, als Italien mit den Migranten über das Mittelmeer völlig überfordert war, als man sie im Stich gelassen hat. Wir selber haben es am eigenen Leib erfahren, als dann 2015 die Migranten vor unserer Tür standen und auch wir von anderen europäischen Ländern im Stich gelassen wurden. Die Lehre daraus kann für uns doch nicht sein, dass wir sagen: Ja, jedes europäische Land macht das jetzt wieder selber, wir ziehen jetzt wieder die Grenzen hoch. Das, was wir in dieser Ausnahmesituation wegen Corona gerade erleben und erleiden, nämlich dass wir wieder Grenzen zwischen Deutschland und Österreich haben, wird wieder zum Dauerzustand, wenn jedes europäische Land seine eigene Asylpolitik macht. – Das kann doch nicht Ihre Antwort auf das Dilemma sein.

Sie können doch nicht sagen: Wir streichen jetzt Italien und Griechenland und diesen Ländern die Mittel, die sie brauchen, um mit den Migrationsströmen umzugehen. – Was wird denn die Antwort dieser Länder sein? – Die Antwort wird doch nicht sein: In Ordnung, dann lassen wir die Leute einfach alle bei uns. Die Antwort wird sein, dass sie sie zu uns durchwinken, genau so, wie Italien das früher auch schon gemacht hat.